Beschluss des Landrats vom 27.02.2025

Nr. 1039

32. Erarbeitung eines Gesamtverkehrskonzepts als strategisches Planungsinstrument
2024/719; Protokoll: ps

Landratspräsident **Peter Hartmann** (Grüne) informiert, der Regierungsrat nehme das Postulat entgegen und beantrage dessen Abschreibung.

Simon Oberbeck (Die Mitte) hält fest, das Postulat sei von Hannes Hänggi verfasst worden. In Anbetracht der Abstimmung vom November 2024 und des Vorgehens bezüglich Herzstück sowie weiterer Projekte auf Bundesebene, die alle nochmals aufgerollt werden müssen, fragt sich der Redner, ob es klug ist, das Postulat abzuschreiben. Es ist nicht möglich, im «courant normal» weiterzufahren, sondern es braucht eine ganzheitliche Betrachtung, wie in Zukunft Infrastrukturprojekte realisiert werden können, damit in diesem Kanton wieder investiert wird.
Nun schreibt der Regierungsrat, ein Gesamtüberblick werde im Teil Verkehr im kantonalen Richtplan (KRIP) erfolgen, und dieser werde aktuell angepasst. Jedoch sind diese Anpassungen noch nicht erfolgt. Der Redner hat im Landrat gelernt, dass nur abgeschrieben wird, was erledigt ist, und dies gilt für den vorliegenden Vorstoss nicht. Der Redner bittet darum, den Vorstoss entgegenzunehmen, jedoch nicht abzuschreiben.

Jan Kirchmayr (SP) hält fest, der Regierungsrat schreibe in seiner Stellungnahme, er sei an der Überarbeitung des KRIP. Es ist bereits seit längerem bekannt, dass die Objektblätter zum Thema Verkehr überarbeitet werden. Das Postulat soll erst dann abgeschrieben werden, wenn diese Überarbeitung vorliegt. Diesem Prozess soll nicht vorgegriffen, das Postulat überwiesen und stehengelassen werden. Wenn die seit längerem versprochene KRIP-Anpassung vorliegt, kann diskutiert werden. Die SP-Fraktion ist für Stehenlassen des Postulats.

Andi Trüssel (SVP) ist anderer Meinung als seine Vorredner. Der Regierungsrat habe eine klare Begründung geliefert. Mit dem Stehenlassen des Postulats werden keine Investitionen erfolgen. Ein weiteres Postulat kommt auf den Haufen und wird nach zwei Jahren von der Geschäftsprüfungskommission in ihrer Sammelvorlage zur Abschreibung beantragt. Das Postulat soll überwiesen und abgeschrieben werden.

Rolf Blatter (FDP) nimmt vorweg, die FDP-Fraktion folge dem Antrag des Regierungsrats. Wie Simon Oberbeck sagt, gebe es viele grosse und teure Infrastrukturprojekte, aber keine Gesamtschau. Diese Fragen werden jedoch im kantonalen Richtplan geregelt, wo sie hingehören. Die Objektblätter werden zurzeit überarbeitet und aktualisiert. Das ist das einzig Richtige. Parallel dazu etwas zu erarbeiten, wie vorgeschlagen, würde einen *Overkill* darstellen, der nichts bringt ausser Kosten. Der Redner erinnert daran, dass es im November 2015 eine Volksabstimmung zum Projekt ELBA (Erweiterung Leimental-Birseck-Allschwil) gegeben hat, bei dem es um einen Planungskredit von CHF 11 Mio. ging, je zur Hälfte für Projekte des MIV und des ÖV. Der Kredit wurde nach einer unschönen Kampagne der vereinigten Linken deutlich abgelehnt. Diese sagte, dass sie keine CHF 900 Mio. für Strassen wolle. Dabei ging es aber erst um einen Planungskredit. Die Chance für eine Gesamtschau wäre da gewesen. Nun sagt der Regierungsrat zu Recht, der Richtplan sei der richtige Ort. Die FDP-Fraktion unterstützt den Antrag des Regierungsrats einstimmig.

Stephan Ackermann (Grüne) meint, die Linke sei nicht immer so vereinigt. Das Postulat klingt gut und die Grüne/EVP-Fraktion ist einhellig der Ansicht, dass Verkehrsinfrastrukturen wichtig sind für

die Region. Bei den Details wird es schwieriger, und noch schwieriger bei konkreten Projekten – unabhängig davon, aus welcher Gemeinde man stammt. Diese Herausforderung wird es immer geben, unabhängig davon, ob das Postulat stehengelassen wird oder nicht. Die Grüne/EVP-Fraktion kann sich vorstellen, das vorliegende Postulat zu überweisen und abzuschreiben.

Margareta Bringold (GLP) erklärt, die GLP-Fraktion sei für Überweisen und Abschreiben.

Pascal Ryf (Die Mitte) votiert gegen die Abschreibung. ELBA sei ein gutes Beispiel. Seither ist nichts geschehen. Deshalb ist es wieder an der Zeit für eine Gesamtschau. Es ist wichtig, dass der Landrat den Druck aufrechterhält, so dass es endlich weitergeht, auch wenn der KRIP überarbeitet wird. Das Problem bei ELBA war – wie auch bei der Abstimmung zum Ausbau der Nationalstrassen –, dass die Infrastruktur für Bahn und MIV gegeneinander ausgespielt wurden. Eine Gesamtschau liegt im Interesse aller. Ansonsten gibt es nur viele kleine Projekte. Der Redner kann nicht nachvollziehen, weshalb das Postulat abgeschrieben werden soll, denn das Thema ist nicht erledigt. Es liegt in der Verantwortung des Landrats, dem Regierungsrat zu sagen, dass ein Konzept erwartet werde. Der Redner hat bereits öfters das Leimental angesprochen; diesbezüglich herrscht gähnende Leere. Nun komme das Tram 17, aber sonst nichts. Es geht immerhin um 60'000 Einwohnende und um relativ wichtige Gemeinden hinsichtlich des Finanzausgleichs. Die Abschreibung des Postulats wäre ein Eigentor. Sehr häufig lässt der Landrat ein Postulat stehen, um es erst dann abzuschreiben, wenn die Arbeit getan wurde. Aber erst dann. Deshalb soll das vorliegende Postulat stehengelassen werden.

Landratspräsident **Peter Hartmann** (Grüne) begrüsst Nationalrätin Daniela Schneeberger auf der Zuschauertribüne und heisst sie herzlich willkommen.

Thomas Noack (SP) spricht sich ebenfalls für Stehenlassen des Postulats aus. Der Regierungsrat hat versprochen, daran zu arbeiten und das Thema im Rahmen des Richtplans zur Diskussion zu stellen. Das Postulat sollte aber auch erst dann abgeschrieben werden. Es gibt diverse andere Postulate, die im Zusammenhang mit Verkehrsprojekten stehen. So verlangt etwa die Region Gelterkinden ein Mobilitätskonzept, während es in anderen Postulaten um Einzelinteressen geht. Es ist richtig, dem Regierungsrat den Auftrag zu geben, dieses Postulat im Rahmen des Richtplans zu beantworten.

Martin Dätwyler (FDP) freut es, dass Infrastrukturen im Landrat an Bedeutung gewinnen. Nun muss dies bei einer nächsten Abstimmung auch noch den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern vermittelt werden. Diese lehnen leider zu oft immer wieder Projekte sowohl die Schiene als auch die Strasse betreffend ab. Der Redner kann die Absicht hinter dem Gesamtverkehrskonzept verstehen. Es muss vorwärtsgemacht und es müssen Wege gefunden werden, welche Projekte in den Fokus gerückt werden sollen. Im Agglomerationsprogramm ist jedoch eigentlich alles bereits enthalten und etappiert. Dieses dient auch als Grundlage für den Richtplan. Es braucht somit keine neue Grundlage, sondern nur noch einen guten Prozess, wie diese Projekte an der Urne durchgebracht werden können.

Andi Trüssel (SVP) äussert, bei einem Postulat werde geprüft und berichtet – und nicht Druck erhöht. Die Mitglieder der Bau- und Planungskommission wissen, woran gearbeitet wird. Der Landrat soll die Verwaltung arbeiten lassen. Würde das Postulat stehengelassen, gäbe es einfach ein weiteres Postulat, das in zwei Jahren mit zahlreichen anderen in der Sammelvorlage der Geschäftsprüfungskommission abgeschrieben werden kann.

Rolf Blatter (FDP) fühlt sich durch das Votum von Pascal Ryf herausgefordert, der sagte, es sei schade, dass von den guten Ideen und Projekten fast nichts realisiert werde. Diese Frage stellt sich hier jedoch nicht, sondern, ob neben dem Richtplan, der eine Gesamtschau enthält, nochmals eine Gesamtschau gemacht werden soll. Der KRIP umfasst das ganze Kantonsgebiet und die Themen Wohnen, Arbeiten, Verkehr und Freizeit werden geregelt. Es ist inhaltlich und auch im Sinne der effizienten Verwaltungstätigkeit unnötig, nochmals etwas zu erarbeiten, das bereits im Richtplan enthalten ist. Bezüglich der Umsetzung ist der Redner bereit, etwas anzugehen. Das Plebiszit des Volkes setzt dem jedoch Grenzen. Es gäbe gute Projekte, aber diese werden abgelehnt.

Pascal Ryf (Die Mitte) verweist auf das Agglomerationsprogramm. Der Redner hat sich als zuständiger Präsident der Raumplanungskommission Leimental intensiv damit auseinandergesetzt. Diesbezüglich müssten auch Rolf Blatter die Haare zu Berge stehen: Für das Leimental werden zusätzlich 10'000 Einwohnerinnen und Einwohner prognostiziert, und bei den Mobilitätszielen wird erwähnt, dass der MIV-Flächenverbrauch halbiert werden soll. Beim Zukunftsleitbild steht: *«Bis 2040 funktioniert das Strassennetz zuverlässig dank der Verlagerung der Mobilitätsnachfrage auf umweltfreundliche und ressourcenschonende Fortbewegungsmittel.»* Die Fläche für den MIV soll halbiert werden, gleichzeitig gibt es mehr Einwohnende – aber wenn die Leute umsteigen, funktioniert alles bestens. Der Redner findet dieses Zukunftsleitbild des Agglomerationsprogramms etwas schwammig, schwach und nicht realistisch. Es geht nicht darum, einen Schattenplan zu machen neben dem KRIP, sondern um eine Vertiefung des Themas. Zuerst geht es um die Planung und erst dann um die Umsetzung. Das Postulat soll stehengelassen werden.

Jan Kirchmayr (SP) sagt, es gehe im Postulat nicht um eine neue Gesamtschau, sondern darum, dass dieser Teil des kantonalen Richtplans überarbeitet werde. Dies ist seit längerem in Arbeit und soll nun zeitnah erfolgen und dem Parlament Bericht erstattet werden. Es handelt sich um einen Auftrag. Es soll nicht ein neuer Papiertiger geschaffen werden, der sagt, was getan werden soll. Mit dem Postulat soll Druck aufgesetzt werden und dieses soll deshalb stehen bleiben.

Regierungspräsident **Isaac Reber** (Grüne) wehrt sich gegen den Eindruck, dass nichts geschehe. Es wird viel getan, auch konzeptionell. Der Kanton ist nicht immer im *driver's seat*. Der Kanton macht gute Dinge, wie im letzten Jahr die Korridorstudie zum Birstal gemeinsam mit dem Bund. Der Bund hat dabei mit den beteiligten Kantonen Basel-Landschaft, Solothurn und Jura die verschiedenen Verkehrsträger, und wo es welche mit welcher Priorität braucht, integral angeschaut. Wie dem daraus resultierenden Bericht entnommen werden kann, ist man der Beseitigung des Engpasses Angenstein so nahe wie noch nie, weil der Träger des Strassenstücks gemeinsam mit dem Kanton festgestellt hat, dass dringender Handlungsbedarf besteht und dies erste Priorität hat. Auch eine Veloroute bei Zwingen ist enthalten, die von Alt-Landrat Franz Meyer mehrmals gefordert wurde. Beim Übergang der A18 an den Bund musste dieser zuerst einmal Abklärungen treffen. Wie nun im Rahmen der Korridorstudie gemeinsam festgestellt wurde, muss nun aber das Ganze vorangehen.
Ein anderes Beispiel, bei dem auch eine integrale Betrachtung erfolgte, sind die Entwicklungen zwischen Münchenstein und Dornach: VanBaerle, Walzwerk, Uptown, Metalli Dornach etc. Es braucht dort eine adäquate Verkehrsinfrastruktur. Dazu gehört das Projekt für die Talstrasse, die übrigens auch Teil von ELBA und unbestritten war. Bereits damals hielten es alle für sinnvoll, dass die Strasse im Tal ist und nicht in den Dörfern, wo sie sich heute befindet. Vorgesehen ist ein Abtausch zwischen den Gemeinden und dem Kanton. Weil integral gedacht und gearbeitet wird, wird nicht nur eine Strasse, sondern auch eine Velovorzugsroute – eine Schnellroute – geplant, weil dieses Angebot Verkehr auffangen kann und dorthin gehört, weil viele Leute im Birstal wohnen. Dieses Vorhaben wird demnächst dem Landrat vorgelegt und der Redner hofft, dass das Projekt

unterstützt wird – auch wenn er bereits andere Stimmen gehört hat. Er könnte noch weitere Beispiele nennen. Die Langmattstrasse wäre im Leimental eine sehr sinnvolle Massnahme gewesen, bei der mit wenig Aufwand viel erreicht hätte werden können. Das Projekt kam nicht zustande, weil es dafür zu wenige Anwälte gab. Deshalb muss man sich auf die Fahne schreiben, sich für Infrastrukturprojekte einzusetzen. Es ist überall festzustellen, dass solche Projekte heute einen schweren Stand haben, unabhängig davon, ob es sich um eine Strasse oder ein Tram handelt – der 14er und die Ortsdurchfahrt Birsfelden oder die Tramverlängerung des 8er. Letztere ist in diesem Jahr ein Fasnachtssujet. Aber lieber heute ein Fasnachtssujet als in 15 Jahren, wenn man fragen wird, wer die Planung der Erschliessung verschlafen hat – angesichts dessen, was zum Beispiel bei der Ziegelei geplant ist – und dies nach dem Beispiel Bachgraben. Der Redner merkt bei allen Projekten, dass es viele Gegner und Kritiker gibt, jedoch keine Anwälte. Gewisse haben legitime Gründe, sich gegen das Projekt zu stellen – das akzeptiert der Redner – aber es gibt heute eine diffuse Gegnerschaft, die relativ breit und keinem Lager zuzuordnen ist. Am Schluss sollte man vorwärtsmachen mit dem, was aufgegleist ist. Es gibt Gesamtkonzeptionen. Der Regierungsrat empfiehlt, das Postulat zu überweisen und auch abzuschreiben.

://: Das Postulat wird stillschweigend überwiesen und mit 47:27 Stimmen abgeschrieben.